

Die Neuregelung der Lebensmittelversorgung.

Vertagungsbeschluss im Reichstags-Ausschuss. — Die Kompetenz zwischen Bundesrat und Reichstag in der Ernährungsfrage.

N. Berlin, 15. Mai. (Priv.-Tel.) Der Reichshaushaltsausschuss des Reichstages trat heute Vormittag zusammen, um mit der Beratung der Frage der Volksernährung zu beginnen.

Von der Fortschrittlichen Volkspartei wurde Vertagung beantragt, weil die Beratung noch nicht den vollen Nutzen bringen könne, da im Augenblick keine verantwortliche Regierungsstelle vorhanden wäre, nachdem Staatssekretär Dr. Dühring leider aus Gesundheitsrücksichten habe zurücktreten müssen. Die sozialdemokratische Fraktion und die Nationalliberalen schlossen sich diesem Antrag an.

Die konservative Partei regte an, ob es nicht richtiger wäre, heute schon zu einigen Einzelfragen Stellung zu nehmen. Das Zentrum glaubte, daß man heute schon das Material der Regierung über die getroffenen Unordnungen und die Auskunft der Regierung über den Bestand usw. entgegennehmen könnte.

Der Unterstaatssekretär des Reichsamts des Innern erklärte, daß er im Augenblick nicht in der Lage sei, irgendwelche Auskunft über die gegenwärtige Neuorganisation zu geben; es schwebten Verhandlungen, die noch nicht abgeschlossen seien. Das, was die Presse über die Gestaltung der Neuorganisation und über die Personensfrage bisher mitgeteilt habe, erklärt der Unterstaatssekretär durchaus für Kombinationen.

Darauf bat das Zentrum um Auskunft, wann dann wohl diese Mitteilungen gemacht werden könnten. Es sei zu befürchten, daß auch der neue verantwortliche Leiter des Reichsamts des Innern nicht sofort in der Lage sein könne, das zu tun. Ein anderer Vertreter des Zentrums erklärte es für wünschenswert, die Neuorganisation und mindestens das Programm der Regierung zu kennen, bevor weiter beraten würde.

Es wurden Klagen darüber geäußert, daß über diese Neuorganisation allerhand

Mitteilungen in der Presse

gemacht würden, die doch nicht ohne Zustimmung der Regierung erschienen seien, daß aber der Reichstag vollkommen im Unklaren gelassen würde und keinerlei Auskunft erhalte.

Der Unterstaatssekretär erwiderte, keine Auskunft darüber geben zu können, wie die Erörterungen in die Presse gelangt seien.

Ein konservativer Abgeordneter erklärte es für zweckmäßig, schon heute über die bevorstehende Organisation sich auszusprechen.

Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft äußerte, die bisherigen Erfahrungen ließen nicht hoffen, daß die Erörterungen des Ausschusses Einfluß auf die Entschlüsse der Regierung üben könnten. Nur wenn der Regierungsvorsteher sagen könne, daß den Wünschen des Ausschusses Rechnung getragen würde, so könnte es einen Zweck haben zu verhandeln. So wie die Dinge aber lägen, schlage er vor, daß die Kommission sich jetzt vertage, schon um zu zeigen, daß die Kommission und der Reichstag sich nicht ausschalten lassen wollten.

Inzwischen ist ein Antrag des Zentrums eingegangen:

Die Kommission wolle die Erwartung aussprechen, daß der Kommission vor der Aenderung der Organisation der Lebensmittelversorgung Gelegenheit zur Äußerung gegeben werde.

Die Fortschrittliche Volkspartei erklärt sich für diesen Antrag. Wenn der Unterstaatssekretär erklärt habe, daß der Beirat so gewürdigt sei, wie es ihm zukomme, so stimme das eigentlich nur formell, denn in der Sache habe man sich darüber beklagt, daß die Vorschläge, die im Beirat gemacht wurden, nicht befolgt wurden. Ebenso sei zu bedauern, daß in der Presse Dinge über die Ernährungsfragen erörtert würden, zweifellos mit Zustimmung der Regierung, bevor der Beirat noch Kenntnis von diesen Sachen habe.

Ein Nationalliberaler schlägt vor, schon jetzt allgemeine Richtlinien dem Ausschusse anzugeben, bevor die Neuorganisation fertig sei.

Das Zentrum meinte, daß auf Grund des Ermächtigungsgesetzes der Bundesrat zweifellos berechtigt sei, Verordnungen zu erlassen, ohne vorher den Reichstag zu hören. Nach den Erfahrungen, die man gemacht habe, wäre aber in Erwägung zu ziehen, ob der Reichstag sich nicht veranlaßt und verpflichtet fühlen könne,

die im August 1914 erteilte Vollmacht zurückzunehmen.

Nicht nur dem Beirat, sondern auch dem Reichstag und seinem Ausschuss sollte rechtzeitig Aufschluß darüber gegeben werden, was geplant sei.

Eine Resolution Dr. Pfleger (B.)-Ebert (Sozialdem.), die darauf eingebracht wurde, will die verbündeten Regierungen ersuchen, dem Ausschuss möglichst bald genaue Aufstellungen über Größe und Deckung des Bedarfs in den einzelnen Lebensmitteln für Heer und

Marine in den einzelnen Monaten seit Kriegsbeginn zu machen und über Resultate der verschiedenen Erhebungen über Inlandsvorräte, über geschäftliche Ergebnisse der verschiedenen Kriegsgesellschaften, Umsätze, Vergütungen der Direktoren und Aufsichtsratsmitglieder Auskünfte zu geben, sowie über die in einzelnen Kreisen, Bezirken und Bundesstaaten entstehenden Ausfuhrverbote, über die in den einzelnen Bundesstaaten getroffenen Maßnahmen zur Fleischversorgung, über die Zahlen der Einfuhr und Ausfuhr nach Monaten, Ländern und Gegenständen.

Der Unterstaatssekretär hob hervor, daß nicht bloß in der Form, sondern auch in der Sache die Vorschläge des Beirats so gewürdigt seien, wie er es beanspruchen könne. Den Zentrumsantrag werde er dem Bundesrat übermitteln. Zu Bedenken gebe er ihm keinen Anlaß.

Ein konservativer betonte, daß zweifellos der Reichstag, nachdem er dem Bundesrat die erwähnte Ermächtigung erteilt habe, kein Recht habe, vorher von geplanten Verordnungen unterrichtet zu werden. Dem Beirat sei bei der Kartoffelfrage immer vorher Gelegenheit gegeben worden, seine Wünsche zu äußern. Gegen den Zentrumsantrag bestanden nach seiner Meinung doch Bedenken, denn das Wort „Erwartung“ wäre die Geständnis eines Anspruchs. Spezialfragen könnten heute trotz allem behandelt werden.

Ein Zentrumsmitglied führte aus, daß die Art und Weise, wie gehandelt werde, die richtige Wertschätzung der parlamentarischen Mitarbeit erkennen lasse.

Dieser Auffassung schloß sich der Vertreter der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft an. Der Beirat, so wie er geworden sei, entspreche nicht dem Beschluß des Reichstags; gedacht gewesen wäre eine gemeinsame Arbeit von Beirat und Regierung. Es sei beschämend, wie der Reichstag behandelt werde, und daß der Reichstag erst aus der Presse erfahre, was die Regierung von langer Hand vorbereitet habe. Die Kommission müsse sich vertagen.

Der Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion wies darauf hin, daß in der Kartoffelfrage eine Verordnung ergangen sei, die dem Beschluß des Beirates direkt entgegensteht.

Gegenüber den Ausführungen eines konservativen Nebenredners, wonach es nicht anständig wäre, daß der Beirat in unfertige Pläne der Regierung eingeweiht werde, erklärte ein Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei, daß der Beirat nur dann einen Sinn habe, wenn er in

unfertige Pläne

eingeweiht werde, denn sonst stehe er vor vollendeten Tatsachen und seine Beratungen hätten dann nur akademischen Wert. Der Reichstag könne damit nicht einverstanden sein, und der Antrag Pfleger überschreite auch nicht seine Befugnisse. Es sei unumgänglich notwendig, daß der neue verantwortliche Leiter des Reichsamts des Innern in der Kommission anwesend sei, um die Wünsche der Kommission entgegenzunehmen.

Der Unterstaatssekretär trug Bedenken vor, ob die in dem Antrag Pfleger gewünschten Auskünfte in diesem Umfang gegeben werden könnten. Er zweifle, daß das Kriegsministerium in der Lage und bereit sein werde, so weitgehende Aufschlüsse zu erteilen.

Das Zentrum erwiderte, daß diese Auskünfte absolut erforderlich seien auf Grundlage der Beratung über Organisation und Verteilung.

Ein fortschrittlicher Abgeordneter regte noch an, die Protokolle der Ausschussberatungen den Mitgliedern des Hauses gedruckt zugänglich zu machen. Ein schriftlicher Bericht könne dann vielleicht entbehrt werden, doch könne man darüber später noch verhandeln. Der Vorsitzende machte darauf aufmerksam, daß in einer früheren Session des Reichstags aus technischen Gründen die sonst übliche Drucklegung der Protokolle unterblieben sei. Ein Zentrumsredner meint, daß diese Anregung vielleicht doch im Interesse der Vertraulichkeit abzulehnen sei.

Nach weiteren Erörterungen wird die Abstimmung über die Drucklegung der Protokolle einstweilen ausgesetzt, da erst die technischen Schwierigkeiten geprüft werden sollen, ebenso über die Frage, ob schriftlicher oder mündlicher Bericht an das Plenum erstattet werden soll.

Die Anträge des Zentrums und die Resolution Pfleger-Ebert und ebenso der fortschrittliche Vertagungsantrag wurden darauf angenommen.

Der Ausschuss vertagte sich auf Mittwoch Vormittag. Beiläufig wurde die Frage der Ernährungsfrage und (wenn der Reichstagssekretär sich damit einverstanden erklärt), zweite Lesung des Kriegsgewinnsteuergesetzes.